



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 1

Drucksachennummer:
0217-1/2023

Datum:
23.05.2023

ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Beteiligt:

Betreff:

Sachstandsbericht zum Pilotprojekt "Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung"

Beratungsfolge:

06.06.2023 Jugendhilfeausschuss

Beschlussfassung:

Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Kurzfassung**

Ziel des Projektes „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ (vgl. Vorlage 0915/2020) war es, die Jugendbeteiligung in Hagen strukturell besser in der Verwaltung zu verankern. Hierzu wurde ein Beteiligungskonzept entwickelt und 2021 beschlossen (Vorlage 0160/2021 „Neustrukturierung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Hagen – Beteiligungskonzept“).

Der Auftrag zur Einrichtung einer „Servicestelle Jugendbeteiligung“ (Vorlage 0700/2021) wurde umgesetzt, allerdings war die Projektförderung auf ein Jahr befristet. Das kürzlich bewilligte Folgeprojekt ist wieder befristet. Eine weitere Projektförderung nach April 2024 ist unwahrscheinlich.

Bericht der Verwaltung

Der Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Hagen hat als eine der Pilotkommunen am Projekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ als gemeinsames Förderprogramm des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW und dem LWL-Landesjugendamt teilgenommen.

Ziel des Projektes war eine nachhaltige strukturelle Verankerung eigenständiger Jugendpolitik und gelebter Beteiligungskultur von Kindern und Jugendlichen in der Kommune – auch über den Projektzeitraum hinaus. Eigenständige Jugendpolitik soll als Querschnittspolitik auf kommunaler Ebene in der Stadt Hagen etabliert werden, um für möglichst viele Jugendliche und junge Erwachsene Einflussmöglichkeiten auf für sie relevante Politikfelder zu ermöglichen.

Die Fachabteilung Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Menschen koordiniert die Umsetzung des Projektes in Hagen.

Die teilnehmenden Kommunen haben sich verpflichtet:

- zur intensiven Auseinandersetzung mit jungen Menschen in der Stadt, ihren Interessen und Anliegen
- zur Moderation eines Dialogs auf Augenhöhe zwischen jungen Menschen und Vertreter*innen von Verwaltung und Kommunalpolitik.
- zu einer anwaltschaftlichen Haltung für junge Menschen und ihre Initiativen in der Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik.
- gemeinsam mit Jugendlichen und in Abstimmung mit Verwaltung und Politik zentrale jugendpolitische Forderungen für den Projektzeitraum zu erarbeiten und umzusetzen.

Auch wenn das Landesprojekt „Eigenständige Jugendpolitik in kommunaler Verantwortung“ Ende 2022 geendet ist, gilt diese Verpflichtung auch über den Projektzeitraum hinaus. Das Projekt war mit einem kleinem Fördervolumen für die Kommunen ausgestattet. Es handelte sich um ein sogenanntes „Mikroprojekt“ mit einer Förderung von 3.000 Euro. Die Förderung des Ministeriums wurde von den Landesjugendämtern dazu eingesetzt, die Kommunen während des Projektes fachlich zu begleiten und den interkommunalen Austausch zu fördern. Das Gelingen dieses Ansatzes zeigt sich in konkreten Maßnahmen und Meilensteinen, die das Team Jugendförderung unter der fachlichen Begleitung umsetzen konnte. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und die Etablierung verschiedenster Beteiligungsprojekte hat im Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Hagen und in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendarbeit eine lange Tradition. Hier haben die Beteiligten viel Erfahrung und Expertise. Daher war es Ziel des Projektes, die „Eigenständige Jugendpolitik“ innerhalb der Kommune über das Fachgebiet Jugendförderung und den Fachbereich Jugend und Soziales hinaus zu verankern.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist eine von vielen Aufgaben des Teams Jugendförderung (vier vollzeitäquivalente Stellen) in der Abteilung "Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Menschen" im Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Hagen. Eine Stelle nur für den Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es nicht. Zwei Mitarbeiterinnen der Bezirksjugendarbeit begleiten das Thema, können aber aufgrund der Aufgabenfülle nur einen kleinen Stundenanteil dafür einsetzen.

Daher wurden seit 2018 regelmäßig auch Projektförderungen aus dem KJFP NRW beantragt, um Honorarkräfte zu beschäftigen und mit zusätzlichen Ressourcen für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit usw. arbeiten zu können. Dies ist in vielfältiger Hinsicht gelungen. Gleichzeitig fehlte es aber an einer kontinuierlichen Begleitung.

Im Rahmen des durch den KJFP NRW geförderten Projektes „Beteiligung zuverlässig ermöglichen“ (Juni 2022 bis Mai 2023) konnte eine Stelle eingerichtet werden, die mit zwei Mitarbeiterinnen in Teilzeit besetzt wurde. In diesem Projekt lag der Schwerpunkt insbesondere im Aufbau zuverlässiger Strukturen der Jugendbeteiligung. So konnte der neu gewählte Jugendrat adäquat begleitet werden und durch die intensive Beziehungsarbeit mit den für ein Engagement im Jugendrat neu gewonnenen jungen Menschen vieles umgesetzt werden: der Austausch mit Jugendlichen und Fachkräften aus anderen Kommunen im Rahmen des Projektes „Eigenständige Jugendpolitik in Kommunalen Verantwortung“, das Angebot einer Jugendparty mit Elementen der Jugendbeteiligung und die Ausstattung verschiedener Schulen und Jugendzentren mit Hygiene-Artikel-Spendern für Tampons und Binden als erstes eigenes Projekt des Jugendrates konnten partizipativ entwickelt und umgesetzt werden.

Für den Zeitraum Mai 2023 bis April 2024 ist das Projekt „Beteiligung ist attraktiv“ durch das Landesjugendamt bewilligt worden. In diesem Projekt soll die Reichweite der Jugendbeteiligung vergrößert und insbesondere der Jugendrat und die offenen Jugendforen in Hagen bei weiteren Adressaten*innengruppen bekannt gemacht



werden. Mit Projektende im April 2024 werden die Aufgaben der Jugendbeteiligung nicht beendet und die oben genannten Ziele der „Eigenständigen Jugendpolitik“ noch nicht erreicht sein.

Das wurde seit 2019 umgesetzt:

- Erprobung und Etablierung offener Jugendforen in den Bezirken
- Durchführung mehrerer gesamtstädtischer Jugendforen
- Erarbeitung eines Beteiligungskonzepts und Beschluss durch den JHA
- Regelmäßige Berichterstattung zur Jugendarbeit und -beteiligung im JHA
- Wahl eines Jugendrates der Stadt Hagen beim Gesamtstädtischen Jugendforum im Frühjahr 2022
- Erprobung von verschiedenen Beteiligungsformaten sowie Reflexion und Fortbildungen mit den Mitarbeiter*innen der 21 Einrichtungen der OKJA in Hagen
- Regelmäßiger Austausch mit den Jugendverbänden bzw. dem Jugendring
- Reflexion der vergangenen Jugendforen im September 2022 mit den Mitarbeitern*innen der OKJA sowie Abstimmung ihrer Aufgaben im Beteiligungskonzept
- Laufende Prüfung der Bereitstellung von personellen Ressourcen für die Jugendbeteiligung im Team Jugendförderung
- Seit August 2022 Besetzung von zwei halben Stellen in der Servicestelle Jugendbeteiligung durch eine Projektförderung

Das weitere Ziel einer kommunal etablierten Jugendbeteiligung sollte die Umsetzung einer Regelstruktur – unabhängig von der derzeitigen Projektförderung – sein. Dazu braucht es bedarfsgerechte langfristige, zielgerichtete Lobbyarbeit für die Anliegen junger Menschen in Politik und Verwaltung. Nur so können Strukturen über die Jugendförderung hinaus verändert werden und die Entwicklung zu einer kinder- und jugendfreundlichen Kommune in Hagen vorangetrieben werden.



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 5

Drucksachennummer:
0217-1/2023

Datum:
23.05.2023

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Inklusion ist Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendarbeit.

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ positive Auswirkungen (+)

Kurzerläuterung und ggf. Optimierungsmöglichkeiten:

(Optimierungsmöglichkeiten nur bei negativen Auswirkungen)

„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendarbeit.

Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒ Es entstehen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.

gez.

Martina Soddemann, Beigeordnete für Jugend und Soziales, Bildung und Kultur



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Seite 6

Drucksachennummer:

0217-1/2023

Datum:

23.05.2023

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

**Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer**

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

**Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:**

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
